

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Wien, 24. März. Das heutige Abendblatt der „Wiener Zeitung“ enthält einen Befehl an die Armee, durch welchen eine achtstägige Trauer für den Fürsten Windischgrätz angeordnet wird; auch soll das zweite Dragoner-Regiment den Namen Windischgrätz immerwährend fortführen. Der Kaiser von Rußland hat eine Deputation abgeordnet, welche Namens der russischen Armee dem Leichenbegängnisse beizubehalten soll.

Petersburg, 24. März. Der Reichsfürst Graf v. Nesselrode ist gestern Abend 8 Uhr gestorben.

Der „Russische Invalide“ dementirt die Nachricht von der beabsichtigten Auflösung der Garde-Kürassier-Regimenter.

Kopenhagen, 24. März. In der heutigen Sitzung des Reichsraths stellte Krüger den Antrag, die Regierung möge das Verfassungsgesetz für Dänemark und Schleswig, in Uebereinstimmung mit dem dänischen Grundgesetz noch in dieser Session vorlegen.

Paris, 24. März, Morgens. Der „Moniteur“ meldet, daß der Kaiser die Deputation des legislativen Körpers, welche ihm die Adresse überreicht hat, empfangen habe; der Kaiser sagte unter Anderem: Die Anhänglichkeit des gesetzgebenden Körpers ist mir um so werthvoller, als die Diskussion in demselben ein der Aufmerksamkeit würdiges Schauspiel darbietet. Wie die extremen Meinungen unglücklicherweise am schnellsten sich kundgeben und die Achtung vor der Freiheit des Wortes sie stillschweigend anzuhören fordert, so nimmt das Publikum oft das Stillschweigen für schweigende Zustimmung; bald aber zerstreut die Adresse alles Gewölz, zeigt die wahre Lage des Tages und stellt das Vertrauen wieder her. Ebenso empfangen Sie mit Genugthuung das neue Zeugniß der Gefühle des gesetzgebenden Körpers; inebien hat man sich für gewisse finanzielle Maßnahmen so sehr aufgeregt. Ein System muß in seiner Gesamtheit gewürdigt werden. Das, welches man vor schlägt, schließt eine Erleichterung und eine Verminderung der Abgaben in sich. Diese Fragen werden zu prüfen sein, um eine mit den Wünschen der Kammer und dem allgemeinen Interesse übereinstimmende Lösung zu finden. Der Kaiser schloß seine Ansprache mit den Worten: Drücken Sie Ihren Kollegen meine Erkenntlichkeit für den Beistand aus, welcher, ich bin davon überzeugt, mir niemals fehlen wird, und versichern Sie ihnen, daß ich nicht den Wunsch habe, mich von einer Kammer zu trennen, deren Einigkeit und Patriotismus dem Lande alle Garantien bieten.

Luzern, 22. März. Die „Opinion“ berichtet von einem sehr beglaubigten Gerüchte, daß das Ministerium entschlossen sei, ein siebentes Armeecorps zu bilden, dessen Commando Garibaldi übertragen würde. Zu diesem Behufe würden den Freiwilligen die diesjährigen Rekruten beigegeben; Offiziere der Süd-Armee sollen hierzu aufgenommen werden.

Rom, 23. März. Der französische Gesandte, Marquis v. Lavalette, ist nach Paris abgereist.

Konstantinopel, 22. März. Der englische Dampfer „Laconia“ von Liverpool ist diese Nacht auf dem Marmarameer mit dem nach Salonichi fahrenden russischen Dampfer „Koldis“ zusammengestoßen. Der letztere ist 10 Minuten später mit seiner ganzen Ladung untergeunken. Fünfzig Menschen sind dabei ums Leben gekommen.

Das Ministerium giebt sich zu erkennen.

Der Herr Minister des Innern hat unterm 22. März folgenden, auf die bevorstehenden Wahlen bezüglichen Circular-Erlaß an die sämtlichen königl. Ober-Präsidenten und Regierungen ergehen lassen:

Die große Wichtigkeit der bevorstehenden Wahlen zum Hause der Abgeordneten legt mir die Pflicht auf, Ew. Excellenz den Standpunkt näher anzudeuten, welchen die königl. Staatsregierung den Wahlen gegenüber einnehmen für geboten erachtet.

In dem allerhöchsten Erlasse an das Staatsministerium vom 19. d. M. (Staats-Anzeiger Nr. 69) sind die Grundsätze ausgesprochen, welche die Richtschnur der Regierung Sr. Majestät des Königs bilden. Der günstige Ausfall der Wahlen wird wesentlich davon abhängen, daß den Wählern ein unumwundener Aufschluß über jene Grundsätze gegeben und ihnen dadurch die Möglichkeit einer sachgemäßen Ausübung ihres Wahlrechts gewährt werde.

Hierin besteht die nächste Aufgabe der königl. Staatsregierung, zu deren Durchführung die Mitwirkung aller Behörden und Beamten, insbesondere derjenigen in Anspruch genommen werden muß, denen die Ausführung und Leitung der Wahlen obliegt.

Es versteht sich von selbst, daß es der königl. Staatsregierung fern liegt, die gesetzliche Wahlfreiheit irgendwie beschränken zu wollen; vielmehr ist überall streng darauf zu halten, daß die hierauf bezüglichen Vorschriften der Gesetze gewissenhaft beobachtet werden. Die königl. Staatsregierung vertraut dem Patriotismus und der richtigen Einsicht des Landes; sie hofft, in freier, von keiner Seite in ungebührlicher Art beeinflussten Wahlen diejenige Unterstützung zu finden, deren sie zur glücklichen Lösung der ihr gestellten wichtigen Aufgaben bedarf. Eben deshalb kann sie nicht darauf verzichten, durch ihre Organe entschieden darauf hinzuwirken, daß den Wählern die leitenden Grundsätze und die Absichten der Regierung nach Maßgabe des allerhöchsten Erlasses vom 19. d. Mts. überall zum klaren Verständniß gebracht werden, und namentlich allen Mißverständnissen und Entstellungen entgegengetreten werde, welche das unbefangene Urtheil irre zu leiten geeignet sind.

Geliebt dies, so birgt der loyale und konservative Sinn der großen Mehrheit der Bevölkerung dafür, daß die Majorität der Wähler treu zur Regierung Sr. Majestät des Königs halten werde; denn den Wählern ist dann bekannt, daß die Regierung auf dem Boden der Verfassung steht, daß sie den Rechten der Landesvertretung ihre volle Geltung widerfahren läßt, und bei der weiteren Ausübung der Verfassung in Gesetzgebung und Verwaltung von freisinnigen Grundsätzen auszugehen entschlossen ist. Hierdurch wird den berechtigten Wünschen des Landes Genüge geschehen, und die Regierung darf deshalb mit Grund auf die aufrichtigste Unterstützung aller konservativen Elemente rechnen. Eben so wird es allgemeine Anerkennung finden, daß die königl. Staatsregierung es für ihre unerlässliche Pflicht erachtet, die Rechte der Krone mit Entschiedenheit zu wahren, und nicht zuzugeben, daß der Kraft des königl. Regiments, auf welchem Preußens Größe und Wohlthat beruhen, zu Gunsten einer sogenannten parlamentarischen Regierung Abbruch geschehe, während die verfassungsmäßige Mitwirkung bei der Gesetzgebung gewährleistet ist.

Gerade hierdurch hat sich die königl. Staatsregierung in den schärfsten Gegensatz zur Demokratie gestellt, deren Bestrebungen zur Zeit unverkennbar darauf gerichtet sind, den Schwerpunkt der staatlichen Gewalt, welcher nach Geschichte und Verfassung Preußens bei der Krone beruht, von dieser in die Volksvertretung zu verlegen. Es ist deshalb die Aufgabe der königl. Staatsregierung und ihrer Organe, der demokratischen Partei, mag sie nun offen diesen Namen führen oder als sogenannte Fortschrittspartei, oder unter irgend einer anderen irreleitenden Benennung auftreten, bei den bevorstehenden Wahlen überall entgegen zu wirken, theils durch geeignete Belehrung der Wähler über die eigentlichen Tendenzen jener Partei, theils dadurch, daß auf die möglichste Vereinigung aller verfassungsgetreuen konservativen Parteien hingewirkt wird. Die Lage der Sache ist ernst genug, um an alle konservativen Geistes die dringende Mahnung zu richten, ihrer mehr oder minder unwillkürlichen Parteiunterschiede uneingedenk, sich unter einer Fahne zu sammeln, und als eine große verfassungstreue konservative Partei ihren gemeinschaftlichen Gegner, die Demokratie, bei den Wahlen zu bekämpfen. Gelingt dies überall, so ist ein Sieg der Demokratie nicht zu befürchten.

Ueber die Mittel und Wege, welche in Gemäßheit der vorstehenden Andeutungen behufs Erzielung eines günstigen Wahlergebnisses einzuschlagen sind, und wobei selbstverständlich alle unlauteren Mittel ausgeschlossen bleiben, können der Natur der Sache nach allgemeine Anweisungen nicht gegeben werden. Ich muß es daher lediglich Ew. Excellenz überlassen, diejenigen Anordnungen zu treffen, welche Sie den Umständen und den mannichfachen Verhältnissen nach hierzu für geeignet erachten.

Vornehmlich sind die königlichen Regierungen und die königlichen Landrathsämter berufen, eine erprießliche Thätigkeit in dem vorgedachten Sinne zu entwickeln. Von ihrem Pflichtgefühl erwarte ich, daß sie eifrig bemüht sein werden, im obigen Sinne mit allen Kräften auf die Erreichung des vorgedachten Zieles hinzuwirken; ich hege aber auch zu der Unmöglichkeit und dem Lichte dieser Behörden das Vertrauen, daß sie wissen werden, sich der ihnen gestellten Aufgabe im vollsten Umfange zu entledigen, ohne dabei diejenige Grenze zu überschreiten, über welche hinaus eine unzulässige Beschränkung der gesetzlichen Wahlfreiheit gefunden werden müßte.

Was die königlichen Beamten anbetrifft, so ist die Staatsregierung zu der Erwartung berechtigt, daß dieselben ihr bei den Wahlen ihre eifrige Unterstützung gewähren werden. Jedenfalls würde es mit der Stellung eines königlichen Beamten unvereinbar sein, wenn er so weit ginge, sich — uneingedenk des Sr. Majestät dem Könige geleisteten Eides der Treue — in einem der Regierung feindlichen Sinne bei Wahlagitationen zu betheiligen.

Ew. Excellenz veranlasse ich ergebenst, die Beamten des mir untergebenen Ressorts gefälligst hiervon zur Nachachtung in Kenntniß setzen zu wollen; ich bemerke hierbei, daß die übrigen Herren Ressorts-Chefs die ihnen untergeordneten Beamten mit gleicher Weisung ebenfalls versehen lassen werden.

Da die Urwahlen schon in der nächsten Zeit stattfinden, so erscheint es dringend geboten, alle diejenigen Maßregeln, welche nach den vorstehenden Andeutungen geeignet sein möchten, auf einen günstigen Ausfall der Wahlen hinzuwirken, so schnell als möglich zu treffen. Ew. Excellenz gebe ich deshalb anheim, die weiter erforderlichen Verfügungen gefälligst unverzüglich erlassen zu wollen, mit dem ergebensten Bemerkten, daß ich im Interesse der Befehlshaltung der Sache Abschrift der gegenwärtigen Verfügung gleichzeitig den königlichen Regierungen und Landrathsämtern und den Magistraten der zu keinem ländlichen Kreise gehörigen Städte zugefertigt habe.

Preußen.

Berlin, 24. März. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Ober-Rechnungs-Rath Mebes zu Bromberg den rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Legationsrath v. Rehfuß bei der Gesandtschaft in Konstantinopel den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem Hauptmann A. D. Friedrich Dierroth zu Varmen, dem Registrator Günther im Bureau des großen General-Stabes und dem Stadt- und Kreis-Geheim-Sekretär, Kanzleirath August Dloff zu Danzig den rothen Adlerorden vierter Klasse, dem kaiserl. österr. Major Fürgantner, Adjutanten beim 8. Armeecorps und dem Festungs- und Ober-Argy zu Dünaburg bei Riga, kaiserl. russ. Kollegienrath Dr. Lange den königl. Kronenorden dritter Klasse, dem holländischen Konsul Fr. Cafontaine zu Smyrna den königl. Kronenorden vierter Klasse, sowie dem Zeug-Feldwebel Jochem bei der Gewerksfabrik zu Saarn und dem Chauffeur-Aufsicht Friedrich Pögel zu Boos, im Kreise Mayen, das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner den Appellationsgerichtsrath Deltrich in Glogau als Kammergerichts-Rath an das Kammergericht zu versetzen; dem Geh. Cabinets-Sekretär Noßel den Charakter als Geh. Hofrath; sowie dem Bau-Insp. und Architekten Sr. k. H. des Prinzen Albrecht von Preußen, Adolph Lohse hieselbst, den Charakter als Hofbaurath; und dem praktischen Arzt ic. Dr. Guthemuths in Seehausen a. A. den Charakter als Sanitätsrath zu verleihen.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Commandeur der 16. Division, Gen.-Lieut. v. Arnim, und dem Commandeur der 11. Div., Gen.-Lieut. Grafen v. Driolla, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Königs der Niederlande Majestät ihnen verliehenen Großoffizier-Kreuzes des großherzogl. luxemburgischen Ordens der Eichenkrone zu ertheilen. (St. A.)

**** Berlin, 24. März.** [Orden. — v. Gruner und von Winter. — Finanzoperationen.] Außer dem Herrn v. Auerz-wald haben auch die Staatsminister a. D. v. Patow und Graf Pückler den Kronen-Orden erster Klasse erhalten. Dem Grafen Schwerin ist der rothe Adler-Orden erster Klasse und dem Herrn v. Bernuth der Stern zum rothen Adler-Orden zweiter Klasse verliehen worden. Außerdem haben der königliche Gesandte in Dresden, v. Savigny, den Stern zum rothen Adler-Orden zweiter Klasse und die königl. Gesandten in München und Karlsruhe, Graf Perponcher und Graf Flemming, den rothen Adler-Orden zweiter Klasse erhalten. — Das Staatsministerium trat heute Vormittag im Gebäude des Herrenhauses zu einer Sitzung zusammen. — Aus guter Quelle wird der „B.-u.-P.“ versichert, daß so wenig Herr v. Gruner als Herr v. Winter aus ihren Stellungen zu scheiden beabsichtigen. Jedenfalls scheinen beide Herren entschlossen, abzuwarten, inwiefern ihre amtlichen Pflichten sie mit ihren Ueberzeugungen in Widerspruch bringen könnten. — An der Börse ist unter den verschiedenen Finanzoperationen, die Herrn v. d. Heydt zugeschrieben werden, auch von dem beabsichtigten Ankauf der Köln-Mindener und der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahnen die Rede. Der Plan, heißt es, gehe dahin, diese Bahnen durch Zahlung von je 200 Thlr. 4proc. Anleihe gegen 100 Thaler Aktien zu erwerben. Wie angenommen wird, würde sich für den Staat hieraus ein Gewinn von 4 Mill. Thaler ergeben. — Dem Vernehmen nach ist mit Rücksicht auf die jetzt verfügte Conversion der beiden ältesten Jahrgänge der 4 1/2 proc. Staatsanleihe im Staatsministerium die Frage in Erwägung gezogen worden, ob das Anerbieten von 1/2 pSt. Prämie an diejenigen Obligationenbesitzer, welche sich die Umwandlung ihrer Schuldtheile in 4proc. gefallen lassen wollen, ohne Zustimmung des Landtags erfolgen dürfe. Die Frage ist offenbar vom Staatsministerium schließlich bejahend entschieden worden, obgleich, wie es heißt, anfänglich verfassungsmäßige Bedenken erhoben worden waren. Mit der Conversion der späteren Jahrgänge der 4 1/2 proc. Anleihe wird unverzüglich nach Ablauf des für die Emission von 1850 und 1852 festgesetzten Erlös-Termins vorgegangen werden. Wenn die Conversionmaßregel, was noch nicht feststehen scheint, auf die 4 1/2 proc. Anleihe beschränkt bleiben sollte, so beträgt die durch diese Operationen zu erzielende Ersparniß noch nicht 1/2 Mill. Thlr. jährlich.

[Universität zu Berlin.] Am 22. März beging die hiesige Universität in der Aula die Feier des Geburtsfestes Sr. Majestät des Königs. Der Feier wohnten bei: Staatsminister a. D. v. Bethmann-Hollweg, der Unterstaatssekretär Dr. Lehnert, so wie mehrere Räte des Kultusministeriums, der Ober-Ceremonienmeister Graf v. Stillfried-Rattonig, der Wirkliche Geh. Rath und Generaldirektor der Museen von Oers, der Chefpräsident des Kammergerichts von Strampff, der Bischof Neander, der General-Superintendent Hoffmann, der Oberbürgermeister Dr. Krausnick und viele andere Personen. Nachdem dieselbe unter Leitung des Prof. Marx mit Gesang eröffnet war, hielt der Geh. Regierungsrath Prof. Dr. Boeckh die Festrede in deutscher Sprache. Der Redner ging aus von den Gründen, aus welchen die Universitäten vorzugsweise zu dem innigen Ausdruck der Dankbarkeit

gegen den Landesherren verpflichtet und berufen seien; er handelte hierauf von der Volkserziehung, besonders in der Beziehung des Staates auf dieselbe, gedachte anhangsweise des von S. G. Fichte entworfenen Planes einer deutschen National-Erziehung, und schloß mit den Segenswünschen für Se. Majestät den König und das königl. Haus. Durch den Sängerkhor wurde die Feier mit einem Chorale geschlossen.

[Militär-Wochenblatt.] Campen, bisher. königl. hannov. Rittmstr. von der Armee, bei seiner erfolgten Anstellung als Vorsteher der königl. Manege in Berlin, der Charakter als Major verliehen, und ihm die Erlaubniß zum Tragen der Armee-Uniform ertheilt. v. Gliscinski, Gen.-Major von der Armee, zum Kommdr. der 18. Inf.-Brig. ernannt. v. Wolferdors, Pr.-Lt. u. Führer der Straf-Abtheilung zu Bosen, der Char. als Hauptm. verliehen. Gladisch, Port.-Fähnrl. vom 1. Westpreuß. Gren.-Regt. Nr. 6, Forstg. Jädel, Kubale, Port.-Fähnrl. vom 4. Pos. Inf.-Regt. Nr. 59, zu Sec.-Lt. v. Ruffe, Unteroff. von dems. Regt., zum Port.-Fähnrl. befördert. v. Rosenberga, Sec.-Lt. vom Westpreuß. Ulan.-Regt. Nr. 1, in das Schles. R.-Regt. Nr. 1 (Prinz Friedrich von Preußen) versetzt. Jähndrich, Pr.-Lt. vom 1. Schles. Gren.-Regt. Nr. 10, zum Hauptm. und Komp.-Chef, Baron v. Hundt u. Altgrottkau, Sec.-Lt. von dems. Regt., v. Struensee, Sec.-Lt. vom 3. Oberschles. Inf.-Regt. Nr. 62, zu Pr.-Lt. v. Schregel, Egel, Port.-Fähnrl. von dems. Regt., zu Sec.-Lt. v. Wolff, Unteroff. vom 2. Oberschles. Inf.-Regt. Nr. 23, zum Port.-Fähnrl., Haale, Port.-Fähnrl. vom 4. Oberschles. Inf.-Regt. Nr. 63, zum Sec.-Lt., v. Falkenhäusen, R.-Lt. vom Schles. R.-Regt. Nr. 1 (Prinz Friedrich von Preußen), zum Port.-Fähnrl., v. Böhm, Port.-Fähnrl. vom 2. Schles. Drag.-Regt. Nr. 8, zum Sec.-Lt., Dreßler, Ulan vom Schles. Ulan.-Regt. Nr. 2, zum Port.-Fähnrl. befördert. von Pannenberg, v. Förster, Port.-Fähnrl. vom 2. Pos. Inf.-Regt. Nr. 19, zu Sec.-Lt. befördert. Graf v. Stillsfried, Pr.-Lt. vom 1. Schles. Jäger-Bat. Nr. 5, in das Rhein. Jäger-Bat. Nr. 8 versetzt. v. Nöhl, Major vom 3ten Garde-Regt. z. F., in das 3. Garde-Gren.-Regt. Königin Elisabeth, Freiherr Hans Eder zu Puttli, Major vom 3. Garde-Gren.-Regt. Königin Elisabeth, in das 3. Garde-Regt. z. F. versetzt. Prinz Moldemar zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, Gen.-Lt. u. Gen.-Adjut. Sr. Maj. des Königs, unter Entbindung von der Stellung als 1. Kommd. von Koblenz u. Ehrenbreitstein, zum Oberbefehlshaber über die Bundesgarison zu Frankfurt a. M. ernannt. v. Alvensleben, Oberst aggr. dem 2. Garde-Regt. z. F., von seiner bisherigen Stellung als Kommandant zu Frankfurt a. M. entbunden. Freiherr v. Nordenflicht, Hauptm. u. Komp.-Chef vom 3. Ostpreuß. Gren.-Regt. Nr. 4, zum Major befördert. v. Quednow, Oberst-Lieut. z. Disp., zuletzt Major im 4. Inf.-Regt., dem jetzigen Ostpreuß. Gren.-Regt. Nr. 4, zum Führer des 2. Aufg. 1. Bats. 1. Garde-Lv.-Regts. ernannt. v. Hafe, Major zur Disp. unter Verlassung in seinem Verhältnis als stellvertretender 2. Kommdr. des 3. Bats. 2. Garde-Lv.-Regts., zum Führer des 2. Aufg. dieses Bats. ernannt. Schäfer, Vice-Feldw. vom 3. Bat. 1. Niederschl. Regts. Nr. 6, zum Sec.-Lt. 1. Aufg. befördert. Hennig, Riebling, Sec.-Lt. vom 1. Aufg. des 1. Bats. 3. Niederschl. Regts. Nr. 10, in das 2. Bat. 2. Niederschl. Regts. Nr. 7, Schmidt, Sec.-Lt. vom Train 1. Aufg. des 1. Bats. 2. Pos. Regts. Nr. 19, in das 3. Bat. 2. Pos. Regts. Nr. 19 einrangirt. v. Golds, Vice-Wachtm. vom 3. Bat. 4. Niederschl. Regts. Nr. 11, zum Sec.-Lt. bei der Kav. 1. Aufg. befördert. v. Mantuffel, Vice-Feldw. vom 2. Bat. 2. Oberschl. Regt. Nr. 23, zum Sec.-Lt. 1. Aufg. befördert. Klose, Sec.-Lt. von der Art. 1. Aufg. des 1. Bats. 3. Niederschl. Regts. Nr. 10, Altschaffel, Sec.-Lt. vom 2. Aufg. des 2. Bat. 4. Niederschl. Regts. Nr. 11, in das 1. Bat. 4. Niederschl. Regts. Nr. 11, Fuchs, Pr.-Lt. vom 1. Aufg. des 2. Bats. 1. Oberschl. Regts. Nr. 22, in das 1. Bat. 1. Oberschl. Regts. Nr. 22, Trautmann, Sec.-Lt. vom 1. Aufg. des 2. Bats. 1. Oberschl. Regts. Nr. 22, in das 3. Bat. 1. Oberschl. Regts. Nr. 22 einrangirt. v. d. Wurde, Major a. D., zuletzt Hauptm. u. Komp.-Chef im 2. Westf. Inf.-Regt. Nr. 15, unter Stellung zur Disp., mit der Unif. dieses Regts. und seiner Penf. mit der einstweiligen Vertretung des Kommdr. 2. Bats. 2. Westf. Regts. Nr. 15 beauftragt. Köhn v. Jasli, Oberst-Lt. vom 2. Garde-Regt. z. F., als Oberst mit der Regts.-Unif., Aussicht auf Anstellung in der Gendarmerie und Penf., v. Knobelsdorf, Hauptm. und Komp.-Chef vom 1. Pos. Inf.-Regt. Nr. 18, mit der Regts.-Unif., Aussicht auf Anstellung in der Gendarmerie und Penf., der Abschied bewilligt. v. Zilow, Oberst-Lt. vom 4. Brandenb. Inf.-Regt. Nr. 24, mit der Regts.-Unif. und Penf. der Abschied bewilligt. v. Schwarz, Gen.-Major und Kommdr. der 18. Inf.-Brig., in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs, als Gen.-Lt. mit Penf. zur Disp. gestellt. v. Goerne, Hauptm. und Komp.-Chef vom 1. Niederschl. Inf.-Regt. Nr. 46, mit der Unif. des 1. Westpreuß. Gren.-Regts. Nr. 6, Aussicht auf Civilversorgung und Penf., v. Bronikowski, Oberst-Lt. vom 7. Westf. Inf.-Regt. Nr. 56, in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs, mit der Unif. des 1. Westf. Inf.-Regts. Nr. 13, Aussicht auf Anstellung in der Gendarmerie und Penf. zur Disp. gestellt. Bar. v. Uskar-Gleichen, Major vom 3. Ostpreuß. Gren.-Regt. Nr. 4, mit Penf. zur Disp. gestellt. Orange, Hauptm. vom 2. Aufg. des 3. Bats. 2. Niederschl. Regts. Nr. 7, Laade, Sec.-Lt. von der Artill. 2. Aufg. des 3. Bats. 2. Pos. Regts. Nr. 19, beiden mit ihrer bisher. Unif., wie solche bis zum Erlaß der Kab.-Ordn. vom 2. April 1857 getragen wurde, v. Varenspurg, Pr.-Lt. vom 2. Aufg. des 1. Bats. 1. Pos. Regts. Nr. 18, Koepfel, Sec.-Lt. von der Kav. 1. Aufg. des 3. Bats. 2. Pos. Regts. Nr. 19, v. Knebel-Dörber, Pr.-Lt. von der Kav. 2. Aufg. des 3. Bats. 3. Niederschl. Regts. Nr. 10, als Rittm., v. Glasenapp, Hauptm. vom 2. Aufg. des 3. Bats. 1. Oberschl. Regts. Nr. 22, beiden mit ihrer bisher. Unif., wie solche bis zum Erlaß der Kab.-Ordn. vom 2. April 1857 getragen wurde, der Abschied bewilligt. Anjou, Rentant des Montirungs-Depots in Düsseldorf, zum Montirungs-Depot in Breslau, Laube, Rentant des Montirungs-Depots in Breslau, zum Montirungs-Depot in Düsseldorf versetzt.

Kulm, 20. März. [Beschlagnahme.] Die Nr. 28 des „Rad-wislanin“ ist polizeilich mit Beschlagnahme belegt worden, da dieselbe eine Beleidigung des neuen Ministeriums enthält. (D. D.)

Neuenburg, 18. März. [Verbotene Versammlung.] Der „Grand. Gef.“ schreibt von hier: Mehrere hiesige Bewohner hatten zu gestern Nachmittag hier eine Versammlung von früheren Wahlmännern und Urwählern veranstaltet, und den bisherigen Abgeordneten des Kreises Schwyz, dem Gutsbesitzer Gerlich-Bantau, ebenfalls dazu eingeladen, um von demselben nähere Mittheilungen über die Ursachen der Auflösung des Abgeordnetenhauses entgegen zu nehmen. Hr. Gerlich war auch erschienen. Die Versammlung durfte indeß nicht abgehalten werden, weil kurz vor Beginn derselben ein Schreiben des hiesigen Bürgermeisters einlief, durch welches dieselbe polizeilich verboten wurde.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 21. März. [Vom Bundestage.] Preußen ließ in der Bundestags-Sitzung vom 8. d. M. mit Bezug auf den Bundesbeschluß vom 23. Januar d. J., durch welchen die Regierungen zur gesetzlichen Ein-führung der Vorschläge der nürnbergischen Commission zur Ergänzung der deutschen Wechselordnung eingeladen wurden, folgende Anzeige erlassen: „Der Gesandte ist zu der Anzeige beauftragt, daß seine allerhöchste Regierung bereit ist, der Einladung zu entsprechen, welche die hohe Bundesversammlung durch den Beschluß vom 23. Januar 1862 an diejenigen Regierungen gerichtet hat, in deren Staaten die deutsche Wechselordnung Geltung hat, und demgemäß der Landesvertretung einen Gesetzentwurf wegen Ergänzung der allgemeinen deutschen Wechselordnung und der Einführungs-Ordnung zu derselben vom 6. Januar 1849 vorzulegen, sobald die Gewißheit gegeben sein wird, daß auch die anderen hohen deutschen Regierungen, in deren Staaten die Wechselordnung eingeführt ist, dieser Einladung gleich-mäßige Folge leisten werden.“ — Als in derselben Sitzung vom Präsidium die von dem Ausschusse in Militär-Angelegenheiten in der Sitzung vom 13. v. M. gestellten Anträge in Betreff der Vertheidigung der deutschen Nordsee- und Ostseeflotten resp. auf Einsetzung einer Special-Commission zur Ab-stimmung gebracht wurden, erfolgte dieselbe in folgender Weise. Dester-reich äußerte sich: Der Gesandte ist ermächtigt, den Anträgen zuzustimmen, indem die k. Regierung die Berufung einer Special-Commission für zweckmäßig

Verantwortlicher Redakteur: R. Bärtnert in Breslau.
 Druck von Graf, Barth und Comp. (W. Kriebich) in Breslau.